

**13. ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG
2. UND 3. MÄRZ 1996, DUISBURG**

BESCHLUSSPROTOKOLL

207A

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

INNOVATIONSKRAFT FÖRDERN

BERUFSLÄSSIGKEIT BERUF UND STUDIUM FÖRDERN

SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

GESELLSCHAFT

RECHT AUF ARBEIT VERwirkLICHEN

FÖRDERN

STANDORT NEU

STARKEN

REFORM DER BERUFLICHEN BILDUNG

DAS STEUERSYSTEM REFORMIEREN

DEN SOZIALSTAAT SICHERN

NEU ARBEIT

BERUFLICHEN

TECHNIK AUSBAUEN

ARBEIT UND UMWELT

INNOVATIONSKRAFT FÖRDERN

AUSBILDUNGSPLÄTZE

MORITARIAT

REFORM DER

BERUFLICHE

SPRACHEN

NRWSPD

TOP 1.:	Eröffnung	1
TOP 2.:	Konstituierung des 13. ordentlichen Landesparteitages	1
TOP 3.:	Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung	2 - 5
TOP 4.:	Grußworte	5
TOP 5.:	Rede des Landesvorsitzenden der NRW-SPD	5
TOP 6.:	Finanzbericht des Schatzmeisters	5
TOP 7.:	Bericht der Landeskontrollkommission	5
TOP 8.:	Bericht der SPD-Landtagsfraktion	6
TOP 9.:	Aussprache zu den TOP 5. bis 8.	6
TOP 10.:	Entlastung des Landesvorstandes	6
TOP 11.:	Bericht der Mandatsprüfungskommission	6
TOP 12.:	Antragsberatung	6
TOP 13.:	Wahlen	7
TOP 14.:	Ansprache des Parteivorsitzenden	7
TOP 15.:	Fortsetzung der Antragsberatung	8
TOP 16.:	Bericht der Strukturkommission	8
TOP 17.:	Ansprache des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion	8
TOP 18.:	Fortsetzung der Antragsberatung	8
TOP 19.:	Fortsetzung der Wahlen	8 - 9
TOP 20.:	Fortsetzung der Antragsberatung	9
TOP 21.:	Schlußwort	9
	Fußnote	10

ANHANG: - Antragsspiegel
 - Beschlüsse im Wortlaut

IMPRESSUM:

SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 3, 40217 Düsseldorf
März 1996

TOP 1.:

Eröffnung

Die stellvertretende Landesvorsitzende Gabriele Behler eröffnete den 13. ordentlichen Landesparteitag und begrüßte die Anwesenden. Zu Ehren der in den vergangenen zwei Jahren verstorbenen Genossinnen und Genossen, die stellvertretend genannt wurden, erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

TOP 2.:

Konstituierung des 13. ordentlichen Landesparteitages

Es wurden vorgeschlagen und gewählt bzw. bestätigt:

a) Präsidium (einstimmig)

Gabriele	Behler	Landesvorstand
Manfred	Böcker	Bez. Ostwestfalen-Lippe
Anke	Brunn	Bez. Mittelrhein
Jürgen	Büssow	Bez. Niederrhein
Wolfram	Kuschke	Bez. Westliches Westfalen
Johannes	Pflug	UB Duisburg

b) Mandatsprüfungs-/Wahlkommission (einstimmig)

Volker	Besmehn	Bez. Niederrhein
Jens	Bröcker	Bez. Mittelrhein
Ferdi	Franke	Landeskontrollkommission
Julika	Gang	Bez. Westliches Westfalen
Günter	Harke	Bez. Ostwestfalen-Lippe
Volkmar	Kretkowski	Landeskontrollkommission
Gitta	Martin	Landeskontrollkommission
Herbert	Nilges	Landeskontrollkommission
Marion	Weike	Landeskontrollkommission

c) Antragskommission (einstimmig)

Axel	Horstmann	Landesvorstand
Bernhard	Kasperek	Landesvorstand
Angelica	Schwall-Düren	Landesvorstand
Franz-Josef	Antwerpes	Bez. Mittelrhein
Marc Jan	Eumann	Bez. Mittelrhein
Gisela	Fröh	Bez. Mittelrhein

Kurt	B o d e w i g	Bez. Niederrhein
Oda Gerlind	G a w l i k	Bez. Niederrhein
Charlotte	K a n n	Bez. Niederrhein
Gerhard	K l i p p s t e i n	Bez. Ostwestfalen-Lippe
Hannelore	L u d w i g	Bez. Ostwestfalen-Lippe
Friedrich	S c h e p s m e i e r	Bez. Ostwestfalen-Lippe
Birgit	F i s c h e r	Bez. Westliches Westfalen
Loke	M e r n i z k a	Bez. Westliches Westfalen
Joachim	P o ß	Bez. Westliches Westfalen

TOP 3.:

Beschlußfassung über Tagesordnung und Geschäftsordnung

a) Tagesordnung

Die nachstehende Tagesordnung wurde einstimmig gebilligt.

Samstag, 2. März 1996

Beginn: 10.00 Uhr

1. Eröffnung und Begrüßung durch die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Gabriele B e h l e r ;
 2. Konstituierung des 13. ordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 - c) Bestätigung der Antragskommission;
 3. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung;
 4. Grußworte

des Oberbürgermeisters der Stadt Duisburg
Josef K r i n g s
zugleich im Namen des gastgebenden Unterbezirks Duisburg
und des gastgebenden Bezirks Niederrhein;

des DGB-Landesbezirksvorsitzenden NRW
Heinz Dieter M a h l b e r g
für die Gewerkschaften;
- 11.00 Uhr
5. Rede des Landesvorsitzenden der NRW-SPD
Johannes R a u ;
 6. Finanzbericht des Schatzmeisters
Axel H o r s t m a n n ;

7. Bericht des Landeskontrollkommission
Ferdinand Franke;
8. Bericht der SPD-Landtagsfraktion
Klaus Matthiesen;

13.00 bis
14.00

Mittagspause

14.05 Uhr

9. Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 5. - 8. einschließlich der schriftlichen Berichte der Kommissionen und der Landesarbeitsgemeinschaften;
10. Entlastung des Landesvorstandes;
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission;
12. Antragsberatung (erster Teil);
Initiativanträge
- "Bündnis für Arbeit"
- "Steuerpolitik"
Anträge zu den Themenbereichen
- Arbeit und Wirtschaft
- Sozialpolitik
- Bildungspolitik

(Antrags-Nummern 1 - 21 des Antragsheftes);
13. Wahlen
a) des/der Landesvorsitzenden
b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden
c) des Schatzmeisters/der Schatzmeisterin;

17.00 Uhr

14. Ansprache des Parteivorsitzenden
Oskar Lafontaine;

17.30 Uhr

15. Fortsetzung der Antragsberatung;

19.00 Uhr

Unterbrechung des 13. ordentlichen Landesparteitages/
Ende des ersten Tages.

20.00 Uhr

Parteiabend

Sonntag, 3. März 1996

Beginn: 10.00 Uhr

Wiedereröffnung des 13. ordentlichen Landesparteitages

16. Bericht der Strukturkommission;

11.00 Uhr

17. Ansprache des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion
Rudolf Scharping;

18. Fortsetzung der Antragsberatung (zweiter Teil)
Anträge zu den Themenbereichen
- Organisationspolitik
 - Kommunalpolitik
 - Umweltpolitik
 - Verschiedenes

(Antrags-Nummern 22 - 48 des Antragsheftes
und Initiativanträge);

19. Fortsetzung der Wahlen
- d) der Beisitzer/innen im Landesvorstand
 - e) der Landeskontrollkommission;

13.00 bis
14. Uhr

Mittagspause

14.05 Uhr

20. Fortsetzung der Antragsberatung;

16.00 Uhr

21. Schlußwort.

b) Geschäftsordnung

Die nachstehende Geschäftsordnung wurde angenommen.

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes NRW.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahlen erfolgen gemäß Satzung des SPD-Landesverbandes NRW durch den Landesparteitag mittels Stimmzetteln in getrennten Wahlgängen.

Nacheinander werden gewählt:

der Landesvorsitzende/die Landesvorsitzende
die stellvertretenden Landesvorsitzenden
der Schatzmeister/die Schatzmeisterin
die weiteren Mitglieder des Landesvorstandes.

Wahlen zum Landesvorstand sind geheim. Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der Partei. Schluß für die Einreichung von Wahlvorschlägen ist der 2. März 1996, 12.00 Uhr.

5. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen und Landesarbeitsgemeinschaften werden vom Landesparteitag behandelt.
Initiativanträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt werden, der vor Ende der Antragsfrist (22. Januar 1996) nicht absehbar war. Sie bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken. Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Behandlung von Initiativanträgen. Antragsschluß für Initiativanträge ist der 2. März 1996, 12.00 Uhr.

6. Die Redezeit für Diskussionsredner/innen beträgt maximal fünf Minuten. Die Diskussionsredner/innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichterstatter/innen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller/innen erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt maximal fünf Minuten. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin die Gelegenheit hatte, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
9. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
10. Ergänzend zur vorgelegten Geschäftsordnung gilt im Plenum Rauchverbot.

TOP 4.:

Grußworte

Im Namen der gastgebenden Stadt und des SPD-Unterbezirks Duisburg und zugleich für den gastgebenden Bezirk Niederrhein richtete Oberbürgermeister Josef K r i n g s ein Grußwort an die Anwesenden. Für die Gewerkschaften sprach der DGB-Landesbezirksvorsitzende NRW Heinz Dieter M a h l b e r g .

TOP 5

Rede des Landesvorsitzenden der NRW-SPD

Die Rede des Landesvorsitzenden der NRW-SPD Johannes R a u wurde mit großem Beifall bedacht (siehe auch Fußnote).

TOP 6.:

Finanzbericht des Schatzmeisters

Der Schatzmeister der NRW-SPD Axel H o r s t m a n n erstattete den Finanzbericht.

TOP 7.:

Bericht der Landeskontrollkommission

Der Vorsitzende der Landeskontrollkommission Ferdi F r a n k e verzichtete mit Zustimmung des Landesparteitages auf einen ergänzenden mündlichen Bericht.

TOP 8.:

Bericht der SPD-Landtagsfraktion

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Klaus Matthiesen ging ergänzend zu dem schriftlich vorliegenden Bericht auf aktuelle Themen der politischen Auseinandersetzung ein (siehe auch Fußnote).

TOP 9.:

Aussprache zu den TOP 5. bis 8.

Die Tagesordnungspunkte 5. bis 8. einschließlich der schriftlichen Berichte der Kommissionen und der Landesarbeitsgemeinschaften wurden lebhaft diskutiert.

TOP 10.:

Entlastung des Landesvorstandes

Auf Antrag des Vorsitzenden der Landeskontrollkommission Ferdi Franke erteilte der Landespartitag dem Landesvorstand Entlastung.

TOP 11.:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ferdi Franke erstattete den Bericht über die Mandatsprüfung. Es waren eingeladen und anwesend:

Delegierte

Westliches Westfalen	eingeladen	139 /	anwesend	139
Ostwestfalen-Lippe	eingeladen	31 /	anwesend	31
Niederrhein	eingeladen	72 /	anwesend	72
Mittelrhein	eingeladen	58 /	anwesend	58
<u>Landesvorstandsmitglieder</u>	eingeladen	<u>19 /</u>	<u>anwesend:</u>	<u>18</u>
		Gesamt		318 Stimmberechtigte

TOP 12.:

Antragsberatung

Siehe hierzu Antragsspiegel und Wortlaute der beschlossenen Anträge im Anhang.

TOP 13.:

Wahlen

a) des Landesvorsitzenden

Vorschlag: **Johannes R a u**

abgegebene Stimmen:	312
davon gültig:	312
	291 JA-Stimmen
	19 NEIN-Stimmen
	2 Enthaltungen

b) Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden

abgegebene Stimmzettel: 313

Vorschlag: **Gabriele B e h l e r**

234 JA-Stimmen
38 NEIN-Stimmen
9 Enthaltungen

Vorschlag: **Wolfgang C l e m e n t**

263 JA-Stimmen
23 NEIN-Stimmen
5 Enthaltungen

c) Wahl der Schatzmeisterin

Vorschlag: **Barbara H e n d r i c k s**

abgegebene Stimmen:	302
davon gültig:	299

266 JA-Stimmen
20 NEIN-Stimmen
13 Enthaltungen

Die Gewählten nahmen die Wahl an.

Nach der Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden richtete Johannes R a u Worte des Dankes an den ausgeschiedenen stellvertretenden Landesvorsitzenden Christoph Z ö p e l , der nicht wieder kandidiert hatte. Christoph Z ö p e l zog in seiner Antwort ein Resümee der geleisteten Arbeit und wies auf Perspektiven hin (siehe auch Fußnote).

TOP 14.:

Ansprache des Parteivorsitzenden

Oskar Lafontaine thematisierte in seiner Ansprache wichtige Punkte der Innen- und Außenpolitik (siehe auch Fußnote).

TOP 15.:

Fortsetzung der Antragsberatung

Siehe hierzu Antragsspiegel und Wortlaute der beschlossenen Anträge im Anhang.

TOP 16.:

Bericht der Strukturkommission

Axel H o r s t m a n n ergänzte mündlich den vorliegenden schriftlichen Bericht der Strukturkommission, der im Zusammenhang mit der Antragsberatung zur Organisationsstruktur diskutiert wurde.

TOP 17.:

Ansprache des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion

Rudolf S c h a r p i n g stellte Herausforderungen und Chancen sozialdemokratischer Politik unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen (siehe auch Fußnote).

TOP 18.:

Fortsetzung der Antragsberatung

Siehe hierzu Antragsspiegel und Wortlaute der beschlossenen Anträge im Anhang.

TOP 19.:

Fortsetzung der Wahlen

d) Wahl der Beisitzer/innen

abgegebene Stimmen:		304
davon gültig:		302
Svenja	S c h u l z e	251 JA-Stimmen
Bärbel	D i e c k m a n n	228 JA-Stimmen
Marion	T ü n s	225 JA-Stimmen
Monika	S i m s h ä u s e r	219 JA-Stimmen
Ilse	R i d d e r - M e l c h e r s	209 JA-Stimmen
Marc Jan	E u m a n n	205 JA-Stimmen
Franz-Josef	A n t w e r p e s	195 JA-Stimmen

Bodo	Ch ampign on	192 JA-Stimmen
Wolfram	Kuschke	173 JA-Stimmen
Hans	Frey	164 JA-Stimmen
Bernhard	Kasperek	160 JA-Stimmen
Jürgen	Büssow	153 JA-Stimmen
Friedhelm-Julius	Beucher	149 JA-Stimmen
Vera	Dedanwala	139 JA-Stimmen
Hamelore	Ludwig	118 JA-Stimmen

Der auf Vorschlag des Bezirks Niederrhein als Beisitzer kandidierende Willi Nowack (106 JA-Stimmen) unterlag. Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

e) **Wahl der Landeskontrollkommission**

abgegebene Stimmen: 293
davon gültig: 292

Gitta	Martin	289 JA-Stimmen
Brigitte	Reckmann	288 JA-Stimmen
Ferdi	Franke	286 JA-Stimmen
Herbert	Nilges	283 JA-Stimmen
Volkmar	Kretkowski	281 JA-Stimmen

Die Gewählten nahmen die Wahl an.

TOP 20.:

Fortsetzung der Antragsberatung

Siehe hierzu Antragsspiegel und Wortlaute der beschlossenen Anträge im Anhang.

TOP 21.:

Schlußwort

In seinem Schlußwort dankte Johannes Rau für die konzentrierten Beratungen und zukunftsweisen- den Beschlußfassungen.

Ein herzliches Dankeschön galt den ausgeschiedenen Mitgliedern des Landesvorstandes Friedhelm Farthmann, Gisela Gebauer-Nehring, Ralf Krämer, Angelica Schwall- Düren und dem Landesgeschäftsführer Ernst-Martin Walsken für ihr engagiertes Wirken.

Anhang

ANTRAGSSPIEGEL

Beschlossene Anträge

Lfd.Nr.:

Antragsteller:

Betreff:

Beschluß des Landesparteitages:

Antrag 01
SPD-Landesvorstand
Die Zukunft für NRW gestalten
- Aufgaben sozialdemokratischer Politik

Annahme bis Seite 2, Ziff. 31 ff
in der Fassung der Antragskommission

Antrag 02
AfA-Landesvorstand NRW
Bündnis für Arbeit und Ausbildung

Annahme im Wortlaut.

Antrag 03
UB Hamm
Ausbildungsplatzinitiative '96

Erledigt durch Annahme des Antrages 04.

Antrag 04
Bezirk Westliches Westfalen
Berufliche Bildung

Annahme in der Fassung der Antragskommission
mit Ausnahme der vorgeschlagenen Neufassung
auf Seite 3, Zeilen 8 - 11.

Antrag 05
UB Münster
Bildungspolitik

Erledigt durch Annahme des Antrages 04.

Antrag 06
AGS-Landesvorstand NRW
**Finanzielle Unterstützung der Ausbil-
dungsbetriebe durch den Staat**

Erledigt durch Annahme des Antrages 04.

Antrag 09
UB Recklinghausen
**Sichere Energieversorgung durch
heimische Braunkohle und Steinkohle**

Annahme im Wortlaut.

Initiativ-Antrag 22
**Erneuerung von Organisation und
Arbeitsweise der NRW-SPD**

Annahme in der Fassung der Antragskommission
mit zwei Ergänzungen.

Antrag 23
UB Hagen
Finanzierung der NRW-SPD

Überweisung an den SPD-Landesvorstand NRW.

Lfd.Nr.:
Antragsteller:
Betreff:

Beschluß des Landesparteitages:

Antrag 24
UB Unna
**Finanzielle Konsolidierung
der Landespartei**

Überweisung an SPD-Landesvorstand und die
Bezirksvorstände NRW.

Antrag 25
AfA-Landesvorstand NRW
**Die politische Vertrauensarbeit in den
Betrieben, Verwaltungen und Gewerk-
schaften stärken**

Überweisung an SPD-Landesvorstand und die
Bezirksvorstände NRW.

Antrag 26
Juso-Landesvorstand NRW
**Erneuerung der NRW-SPD jetzt
beginnen**

Überweisung an SPD-Landesvorstand und die Be
Bezirksvorstände NRW.

Antrag 34
UB Dortmund
**Situation der Städte bei der
Liberalisierung der
Telekommunikationsmärkte**

Annahme in geänderter Fassung.

Antrag 42
Juso-Landesvorstand NRW
Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre

Annahme in geänderter Fassung.

Initiativ-Antrag 1
**Die Chancen des „Bündnis für Arbeit“
nutzen!**

Annahme in geänderter Fassung.

Initiativ-Antrag 2
**Für eine Steuer- und Abgabenpolitik für
Arbeit, Wachstum und soziale
Gerechtigkeit**

Vom Antragsteller zurückgezogen.

Initiativ-Antrag 3
**Keine Übertragung kostenträchtiger
Aufgaben auf die Kommunen**

Annahme in geänderter Fassung.

Initiativ-Antrag 4
**Kommunale Finanzausstattung/
Gemeindefinanzausgleich**

Annahme in geänderter Fassung.

Initiativ-Antrag 5
Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina

Annahme im Wortlaut.

Überwiesene Anträge

Der 13. ordentliche Landesparteitag der NRW-SPD hat die nachfolgenden Anträge und Antragsteile mit der dazugehörigen Stellungnahme der Antragskommission an Landesvorstand und Landesausschuß zur Weiterberatung überwiesen:

Lfd. Nr.:
Antragsteller:
Betreff:

Antrag 01
SPD-Landesvorstand
Die Zukunft für NRW gestalten
- Aufgaben sozialdemokratischer Politik

Ab Punkt 2. auf Seite 2,
Ziffer 31 ff. und Änderungsanträge
01 UB Unna
03 Trappe Köln
07 UB Unna
11 ASF Aachen
13 Juso-Landesvorstand
15 Juso-Landesvorstand

Antrag 07
ASF-Landesvorstand
Gleiche Chancen für Frauen und Männer auf dem
Arbeitsmarkt -Teilen und dabei gewinnen!

Antrag 08
UB Warendorf
Neukonzeption für die Regionalstellen
„Frau und Beruf“

Antrag 10
AGS-Landesvorstand NRW
Kreditförderung für kleine und mittlere Unternehmen

Antrag 11
AGS-Landesvorstand NRW
Unternehmensberatung bei der Förderung kleiner und
mittlerer Unternehmen durch die Landesregierung NRW

Antrag 12
OV Dahlem
Busbegleitkosten für Kindergartenkinder

Antrag 13
UB Mönchengladbach
Behandlung von Kindern und Jugendlichen bei
stationärer Krankenhausbehandlung

Antrag 14
AG 60plus
Verantwortliches parlamentarisches Handeln

Lfd.Nr.:
Antragsteller:
Betreff:

Antrag 15
UB Dortmund
Kein Eingriff in Sozialplanregelungen

Antrag 16
UB Hamm
Integration Schwerbehinderter

Antrag 17
UB Hochsauerland
Finanzielle Entschädigung für Opfer von Verbrechen

Antrag 18
SPD-Landesvorstand NRW
**Ein Bündnis für unsere Schulen: Gesicherte
Unterrichtsversorgung und innere Schulreform
in schwieriger Zeit**

Änderungsanträge
02 UB Ennepetal
22 AfB-Landesvorstand

Antrag 19
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
**Gleichstellungsbeauftragte in den Schulen
des Landes NRW**

Antrag 20
UB Warendorf
**Voraussetzungen für die landesweite Einführung der
"Verbundschule"**

Antrag 21
AfB-Landesvorstand NRW
**Bessere Bildungschancen durch bedarfsgerechte
Studienfinanzierung statt überflüssiger Bankenförderung**

Antrag 27
UB-Münster
Arbeitsverträge der Mitarbeiter/innen von Abgeordneten

Antrag 28
UB Mettmann
**Jahressteuergesetz 1996/Vermögenssteuer in den neuen
Ländern (§ 24 c VStG)**

Antrag 29
UB Mettmann
**Jahressteuergesetz 1996/Umsatzsteuer für kommunale
Müllentsorgung, Straßenreinigung und Abwasser**

Antrag 30
UB Dortmund
Gemeindefinanzausgleich

Lfd.Nr.:
Antragsteller:
Betreff:

Antrag 31
UB Hochsauerland
Änderung der Kommunalwahlordnung

Antrag 32
UB Herne
Minderung der Ozonbelastung

Antrag 33
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
**Vermeidung, Verwertung und Entsorgung von
Sonderabfällen**

Antrag 35
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Reform des Dienstrechts

Antrag 36
UB Münster
Sozialstaat sichern - öffentliche Dienste reformieren

Antrag 37
UB Mettmann
**Familienleistungsausgleich/Kindergeldzahlungen
durch die Finanzämter ab 1996**

Antrag 38
AfA-Landesvorstand NRW
Novellierung des LPVG

Antrag 39
OV-Neuss-Stadtmitte
Bürgerbegehren/Bürgerentscheid

Antrag 40
UB Mülheim
**Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten
in allen Kommunen Nordrhein-Westfalens**

Antrag 41
AGS-Landesvorstand NRW
**Datenschutz bei der Schufa (Schutzgemeinschaft
für allgemeine Kreditsicherung GmbH)**

Antrag 43
UB Mettmann
Ausländerbeauftragte/r für das Land NRW

Lfd.Nr.:
Antragsteller:
Betreff:

Antrag 44
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Aussiedlerpolitik

Antrag 45
UB Mettmann
Betreuung von Asylbewerbern, Kriegs- und
Bürgerkriegsflüchtlingen sowie geduldeten und
sonstigen Flüchtlingen

Antrag 46
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Überwachung der Abschiebehaftanstalten für
abzuschiebende Asylbewerber

Antrag 47
Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Innere Sicherheit

Antrag 48
UB Euskirchen
Anschluß der BAB 1 in der Eifel

Beschlossene Anträge im Wortlaut

Antrag-Nr. : 01/

Die Zukunft für NRW gestalten - Aufgaben sozialdemokratischer Politik

1. Die NRW-SPD war und ist die Reformpartei des ökonomischen Wandels, der ökologischen und sozialen Verantwortung. Sie will und muß als die verantwortliche politische Kraft in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin Menschen unterschiedlicher regionaler, sozialer und weltanschaulicher Herkunft in einem "Bündnis der Vernunft" zusammenführen.

Unser in Aachen beschlossenes Regierungsprogramm 1995 - 2000 bleibt Orientierungspunkt für unser praktisches Handeln. Wir wollen unter veränderten Bedingungen soviel wie möglich davon verwirklichen. Deshalb tragen die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung von Johannes Rau deutlich diese Handschrift.

In den nächsten Jahren kommt es entscheidend darauf an, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen mit klarem Profil wahrgenommen wird. Dies ist eine inhaltlich-thematische und eine organisatorische Herausforderung an alle Gliederungen und Ebenen der SPD in NRW, besonders an den Landesvorstand.

Arbeit, Wirtschaft und Umwelt bilden eine inhaltliche Einheit. Deshalb tritt die NRW-SPD nachdrücklich ein für Arbeit für alle, für qualitatives Wachstum, für integrierte Konzepte der Wirtschafts- und Strukturpolitik und für eine Umweltpolitik, die schon bei den Produktionsverfahren beginnt. Von hier aus sind wesentliche Bausteine einer Reformpolitik weiterzuführen und neu zu entwickeln: die ökologisch und arbeitsorientierte Steuerreform, die Effizienz- und Qualitätsverbesserung des Staatshandelns, die Stärkung sozialer Chancen im Bildungs- und Beschäftigungssystem, besonders auch für Frauen, die Entwicklung von Zukunftsperspektiven für junge Menschen.

Die NRW-SPD hat ihre Stärke immer auch daraus bezogen, daß sie gleichermaßen Wertschöpfung und soziale Gerechtigkeit gefördert hat. Entscheidend für ihre Zukunft ist es, am erfolgreichen Modell des Interessenausgleichs zwischen Industriearbeiterschaft und Unternehmerschaft, das gleichzeitig für Innovationen offen war, z.B. durch Förderung neuer Wirtschaftssektoren, Technologieförderung, Gleichstellungspolitik, festzuhalten.

Hierauf aufbauend müssen wir uns programmatisch und praktisch den Herausforderungen an zukünftige Reformpolitik stellen. Dabei kann es

- keine thematische Arbeitsteilung mit dem Koalitionspartner geben,
- kein Selbstverständnis geben, das die SPD als Dachverband verschiedener Interessengruppen mißverstehet,
- keinen Verzicht auf den Charakter als Volkspartei geben, die für alle Gruppen und Berufe offen ist.

Es kommt vielmehr entscheidend darauf an, die Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und Interessen unter dem Dach einer ökonomischen, ökologischen und sozialen Reformpolitik zusammenzuführen. Es ist der Auftrag der Sozialdemokratie, deutlich zu machen, daß soziale Gerechtigkeit und Produktivität sich auch unter den gewandelten gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen am Ende des 20. Jahrhunderts gegenseitig bedingen.

2. Der Landesvorstand der NRW-SPD wird in den nächsten zwei Jahren die Arbeit gezielt auf drei Projektbereiche konzentrieren. Darin sollen zentrale gesellschaftliche Probleme aufgegriffen und politikfeldübergreifend bearbeitet werden. Diese Projekte sollen der Schärfung des politischen Profils der NRW-SPD ebenso dienen wie der Stärkung ihrer gesellschaftlichen Verankerung und

Kommunikationsfähigkeit. Sie sind ein Vorschlag und ein Angebot an alle Gliederungen der Partei in NRW, diese Projekte gemeinsam und mit eigenen Aktivitäten umzusetzen.

**Antrag-Nr. 02/
Bündnis für Arbeit und Ausbildung**

Wir in Nordrhein-Westfalen wollen ein dauerhaftes Bündnis für Arbeit und Ausbildung zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften schließen. In diesem Prozeß muß die Landesregierung alle landespolitischen Möglichkeiten ausschöpfen und gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften Maßnahmen erarbeiten und verabreden, mit denen

- Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können
- und so viele Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, daß in Nordrhein-Westfalen niemand ohne Ausbildung bleibt.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fördert jede Aktivität zum Zustandekommen dieses Bündnisses für Arbeit und Ausbildung. In den Bezirken und Unterbezirken werden dazu Veranstaltungen, Gesprächsrunden, Diskussionsforen und andere Aktionen organisiert, um gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften und öffentlichen Händen in der jeweiligen Region einen ständigen Dialog darüber zu führen. Die SPD muß im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mehr als bisher den Sachverstand aus den Betrieben und Verwaltungen nutzen. Zur Unterstützung dieser Arbeit der gesamten Partei muß die Betriebsorganisation der SPD stärker herangezogen werden.

Eine wichtige Aufgabe ist es, die Tarifvertragsparteien dabei zu unterstützen, die Beschäftigungssicherung zur vordringlichsten tarifpolitischen Aufgabe der nächsten Jahre zu machen und darüber konkrete Vereinbarungen zu treffen. Mindestens die Produktivitätszuwächse müssen dafür genutzt werden, Arbeit und Einkommen auf mehr Menschen zu verteilen. Außerdem müssen durch Arbeitszeitkonten Überstunden im größtmöglichen Maße in Freizeit ausgeglichen werden, um auch über diesen Weg zu mehr Beschäftigungsverhältnissen zu kommen.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen unterstützt in diesem Zusammenhang die Bemühungen der IG Metall, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen Angestellten Gewerkschaft zum Zustandekommen eines Bündnisses für Arbeit. Wir fordern die Arbeitgeberverbände auf, ebenfalls eigene Beiträge für ein solches Bündnis zu erbringen. Von der Bundesregierung verlangen wir, endlich ihrer Verantwortung für eine aktive Arbeitsmarktpolitik nachzukommen und wirksame Initiativen zur Senkung der Lohnnebenkosten und der Sozialabgaben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso einzuleiten wie Maßnahmen, mit denen Arbeit finanziert anstatt Arbeitslosigkeit bezahlt wird. Deshalb muß die Bundesregierung endlich Abschied nehmen von ihrem ideologischen Irrglauben, daß die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes die millionenfache Arbeitslosigkeit beseitigen würden.

Das Bündnis für Arbeit und Ausbildung braucht als tragende Grundlage die Bereitschaft der Leistungsstarken zur Solidarität mit den arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen. Die SPD in Nordrhein-Westfalen wird die Bereitschaft zur Solidarität überall einfordern und fördern.

Mit dem Bündnis für Arbeit und Ausbildung wollen wir vorrangig

- Arbeitsplätze sichern und den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen stoppen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten und Dienstleistungen zu gefährden;
- neue Stellen auch durch weitere Arbeitszeitverkürzung schaffen;
- den Zugang von Langzeitarbeitslosen in Beschäftigungsverhältnisse auch durch niedrigere Einstiegstarife erleichtern;

- für alle jungen Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung anbieten und nach der Ausbildung den Übergang in das Berufsleben sichern;
- eine gemeinschaftliche Initiative von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zur Senkung der Lohnnebenkosten und der Sozialabgaben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer organisieren;
- die gesetzlichen Vorruhestandsregelungen in dem Maße erhalten, wie sie für die sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels unverzichtbar sind;
- mit einer Kombination von staatlichen, sozialversicherungsrechtlichen und tarifpolitischen Maßnahmen einen gleitenden Übergang von älteren Menschen aus dem Berufsleben so ermöglichen, daß die Chancen für Neueinstellungen verbessert werden.

Antrag-Nr.: 04/ Berufliche Bildung

Das Duale System der beruflichen Bildung befindet sich derzeit in einer doppelten Krisensituation. Einerseits sind wir derzeit mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit, die im wesentlichen durch den Abbau von Ausbildungsplätzen und die Verschärfung der Übernahmesituation verursacht wird, konfrontiert. Andererseits stellen Umbrüche in der Betriebsorganisation und der Wandel der Wirtschaftsstruktur das System der beruflichen Erstausbildung vor bislang nicht gelöste Herausforderungen.

Der Abbau der Ausbildungsplätze hält weiter an. Ging das Angebot bereits in den letzten zwei Jahren drastisch zurück, so wurden im Westen auch in diesem Jahr wieder knapp 10% Ausbildungsstellen abgebaut. Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der Bewerber/innen um 5%. Im Bereich des öffentlichen Dienstes wurden sogar 30% der Ausbildungsplätze abgebaut. Immer mehr Jugendliche bleiben ganz ohne Ausbildungsplatz - im letzten Jahr allein in NRW über 6.700 Jugendliche - oder werden in wenig zukunftsorientierte Ausbildungsplätze gedrängt.

Im Westen liegt in 53 Arbeitsamtsbezirken das Angebot an Ausbildungsplätzen unter der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber, im Osten ist dies flächendeckend der Fall. Besonders dramatisch stellt sich die Lage auch in einigen Gebieten Nordrhein-Westfalens dar: Gelsenkirchen und Hamm weisen die im Westen nach Berlin schlechtesten Relationen auf - für drei Bewerber/innen stehen nur zwei Plätze zur Verfügung.

Um kurzfristig Kosten einzusparen, verabschieden sich gerade auch Großunternehmen von einer ausreichenden Ausbildung. Dabei handeln sie jedoch gesamtwirtschaftlich unverantwortlich, zumal sich der Bedarf an höherqualifizierten Beschäftigten voraussichtlich erhöhen wird. Nur ein Drittel aller Betriebe bildet aber überhaupt aus.

Der Abbau von Ausbildungsplätzen verschärft zudem die Benachteiligung von Frauen, deren Berufsspektrum noch weiter eingeengt wird. Nach wie vor bestehen auch massive Ausgrenzungen von ausländischen und weniger qualifizierten Jugendlichen; sie werden von der akuten Jugendarbeitslosigkeit am meisten betroffen.

Eine berufliche Ausbildung wird von vielen Studierenden lediglich als praxisorientierendes "Vorstudium" gewählt, dies schmälert jedoch die Berufschancen von Jugendlichen ohne Abitur noch mehr.

Eine umfassende Reform der beruflichen Bildung muß sowohl die qualitativen als auch die quantitativen Aspekte umfassen. Hierbei geht es nicht darum, das Duale System aufzulösen, sondern wir müssen es grundlegend reformieren. Berufliche Qualifikation ("Humankapital") wird zunehmend zu einer strategischen Schlüsselgröße sowohl für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung als auch für den strukturellen Wandel in der Region. Die aktuelle Entwicklung zeigt aber, daß das freie Spiel der Kräfte nicht dazu geeignet ist, ausreichend zukunftsorientierte Ausbildungsplätze und damit sowohl vernünftige

Lebensperspektiven für Jugendliche als auch die Grundlage für innovatives Wachstum zu schaffen. Eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen und damit die Konzeptionierung eines politischen Steuerungsmechanismus ist daher notwendig.

Eine auf Qualifikation und Chancengleichheit ausgerichtete Bildungspolitik muß zentraler Bestandteil für ein soziales und ökologisches Reformprojekt in Nordrhein-Westfalen sein. Für den Bereich der beruflichen Bildung fordern wir als sozialdemokratische Initiative:

1. daß die Krise des Dualen Ausbildungssystems mit allen zur Verfügung stehenden Mittel und auf allen Ebenen, als Voraussetzung für innovatives Wachstum, bekämpft wird.
2. Die Berufsschulen sind als Qualifizierungszentren auszubauen, die sich in verstärktem Maße auch der beruflichen Weiterbildung verpflichtet fühlen. Wir streben eine stärkere Verzahnung von beruflicher Bildung (Erstausbildung sowie Weiterbildung) und regionalisierter Struktur- und Arbeitsmarktpolitik an. Hierzu sind regelmäßig regionale Qualitätsbedarfsanalysen zu erstellen, um auf entstehende Qualifikationsbedarfe reagieren zu können.
3. Wir schlagen vor, daß die vom Landtag NRW eingesetzte Enquetekommission sich auch den gegenwärtigen Fehlentwicklungen und zukünftigen Chancen des Dualen Systems zuwendet.
4. Die Förderung integrativer Systeme ist analog zu den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes politisch weiter zu verfolgen, um optimale Voraussetzungen für Chancengleichheit, Durchlässigkeit, soziales Lernen und qualifizierte Abschlüsse zu erreichen. Die Ausbildung im Dualen System muß erheblich aufgewertet werden. Hierzu gehört zum einen eine Neuordnung der Berufsbilder und eine Anpassung an veränderte Anforderungen. Zum anderen müssen die Berufsschulen eine bessere materielle und personelle Ausstattung erhalten. Zudem ist die Durchsetzung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung nötig. Die Hochschulzugangsberechtigung für Absolvent/innen einer beruflichen Ausbildung ist hierzu der erste Schritt. Das Kollegs Schulmodell in NRW ist jedoch geeigneter, um eine wirkliche Integration beruflicher und allgemeiner Bildung zu ermöglichen. Wir setzen uns deshalb für eine Zusammenführung von Berufsschulen und Kollegs ein.
5. Wesentlich ist für uns eine solidarische Umgestaltung der Ausbildungsplatzfinanzierung, die die Lasten der Finanzierung auf alle Betriebe verteilt und konjunkturunabhängig für ein ausreichendes regionales Angebot an Ausbildungsplätzen sorgt. Daher schließen wir uns der gewerkschaftlichen Forderung nach einem Umlagefinanzierungsmodell an, das eine Abgabe für alle Betriebe ab einer bestimmten Größe vorsieht. Diese zahlen eine regelmäßig gesetzlich festzulegende Abgabe, die sich an der Bruttolohn- und Gehaltssumme des

Unternehmens orientiert (IGM-Vorschlag), in einen von einer "Bundesanstalt für Arbeit und Ausbildung" verwalteten Berufsausbildungsfonds ein. Aus diesem Gesamtfonds sollen die Mittel bedarfsorientiert an regionale Fonds weitergegeben werden, aus denen dann betriebliche Ausbildungsplätze, Ausbildungsverbände und auch nötigenfalls überbetriebliche Ausbildungsstätten finanziert werden. Bei diesen Ausbildungsplätzen ist darauf zu achten, daß es sich um zukunftsorientierte Berufe handelt und bei ausreichend Bewerberinnen ist eine 50%ige Frauenquotierung einzuhalten. Ebenso müssen ausreichend Angebote und Qualifizierungsmaßnahmen für besonders benachteiligte Gruppen wie insbesondere ausländische Jugendliche und Geringqualifizierte geschaffen werden.

Die aus dem Berufsausbildungsfonds finanzierten Ausbildungsplätze verpflichten die Unternehmen nach erfolgreich absolvierter Ausbildung zu einer Übernahmegarantie von mindestens achtzehn Monaten. Hierbei muß auch gelten, daß die Beschäftigung in Vollzeit, in einem wohnortnahen Betrieb des Unternehmens und im fachlichen Bereich der erfolgten Ausbildung stattfindet. Solange diese Regelung nicht gilt, wird die SPD öffentlichen Druck auf die Tarifparteien in allen Branchen ausüben, diese Regelung vertraglich abzusichern.

Die SPD setzt sich für eine Bundesratsinitiative der sozialdemokratisch regierten A-Länder ein, um die Umlagefinanzierung öffentlich zu thematisieren und den Druck auf die konservative Bundesregierung zu erhöhen.

6. Alle Mandatsträger/innen in den Räten, Verwaltungsräten, Aufsichtsräten etc. werden aufgefordert, sich verstärkt für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze bei den Stadtverwaltungen und den Eigenbetrieben einzusetzen.
7. Der Landesparteitag appelliert, vor dem Hintergrund eines riesigen Bedarfs an Ausbildungsplätzen, an die Räte in den Städten und Gemeinden, in Ergänzung des nicht mehr ausreichenden Dualen Systems überbetriebliche Ausbildungsgänge zu initiieren. Die überbetrieblichen Ausbildungsgänge sollen sich an den Modellen der Bauindustrie und der chemischen Industrie orientieren und je nach örtlichen Gegebenheiten das vorhandene Ausbildungsplatzangebot wirtschaftspolitisch sinnvoll ergänzen.

Antrag-Nr.: 09/

Sichere Energieversorgung durch heimische Braunkohle und Steinkohle

Für die dauerhafte Sicherheit der Energie- und Stromversorgung in Deutschland und Europa ist die langfristige Nutzung der heimischen Energievorräte unverzichtbar. Weltweit steigt der Energiebedarf dramatisch an, weil die Weltbevölkerung rasant wächst und weil die Bekämpfung von Hunger und Armut in vielen Teilen der Welt ohne eine bessere Energieversorgung erfolglos bleiben würde. Dies führt zwangsläufig dazu, daß noch mehr Öl, Gas und Kohle verbraucht und die begrenzten Vorräte an diesen fossilen Energieträgern noch schneller abgebaut werden.

Nach Berechnungen der UNO wird vor allem die Weltkohleförderung erheblich gesteigert werden müssen, um den Energiebedarf auch nur annähernd decken zu können. In den nächsten 10 bis 15 Jahren ist deshalb damit zu rechnen, daß die Weltkohleförderung von derzeit etwa 3,5 Mrd. Tonnen auf mehr als 5 Mrd. Tonnen ansteigen wird. Dadurch erwachsen neue Gefahren für Klima und Umwelt wie für die Sicherheit der Energieversorgung besonders in rohstoffarmen Ländern und Regionen. Wir müssen deshalb unsere Anstrengungen zum Energiesparen erhöhen und den Einsatz erneuerbarer Energieträger noch mehr fördern.

Gleichzeitig müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um unsere hocheffiziente und modernste Kohle-Kraftwerkstechnologie, Kohle-Aufbereitungstechnologie sowie Fördertechnik in den sich entwickelnden Bergbauländern zum Einsatz zu bringen. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum globalen Klima- und Umweltschutz sowie zur weltweiten Ressourcenschonung. Gleichzeitig sichern wir mit der Weiterentwicklung dieser Spitzentechnik neue Arbeitsmärkte in der Welt und viele tausend Arbeitsplätze bei uns.

Wir in Nordrhein-Westfalen setzen deshalb neben einer verstärkten Förderung erneuerbarer Energieträger weiterhin auf die Nutzung der Braunkohle und der Steinkohle in unserem Land. Deshalb brauchen wir einen langfristig lebens- und leistungsfähigen Braunkohlenbergbau und Steinkohlenbergbau.

Die für eine langfristige Nutzung der Braunkohle notwendigen landespolitischen Entscheidungen sind getroffen. Die SPD steht nach wie vor zum gesamten Tagebauprojekt Garzweiler II und wird alles tun, damit in diesem Zusammenhang auch planmäßig mit dem Kraftwerks-Erneuerungsprogramm angefangen wird. Dadurch werden viele tausend Arbeitsplätze vor allem im Kraftwerksanlagenbau und bei Zuliefererbetrieben gesichert.

Für einen langfristig lebens- und leistungsfähigen Steinkohlenbergbau trägt die Bundesregierung die Verantwortung. Die SPD wird weiterhin alles tun, um die Bundesregierung zu zwingen, ihrer Verantwortung nachzukommen und den Bergbauunternehmen langfristige Planungsperspektiven und den Bergleuten mit ihren Familien vernünftige Berufs- und Lebensperspektiven zu verschaffen. Wir fordern ein, daß auch die Bundesregierung endlich ihren Teil der Vereinbarung der Kohlerunde vom 11.

November 1991 erfüllt, nachdem die Bergbauunternehmen, die IG Bergbau und Energie und das Land Nordrhein-Westfalen ihre Verpflichtungen sogar über das vereinbarte Maß hinaus erfüllt haben.

In dieser Vereinbarung ist festgelegt, daß "ein langfristig leistungsfähiger und im Hinblick auf den künftigen Versorgungsbeitrag kostenoptimierter Bergbau" notwendig ist.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben Wort gehalten und sogar mehr Lasten als vereinbart auf uns genommen, und wir erwarten, daß auch die Bundesregierung endlich ihr Wort einlöst. Dazu gehört vor allem eine Finanzierungsregelung für die Verstromung heimischer Steinkohle, zunächst mindestens bis zum Jahre 2005, mit der der Bergbau lebens- und leistungsfähig bleibt und eine längerfristige Zukunftsperspektive erhält. Wir verlangen, daß das Land Nordrhein-Westfalen an den Verhandlungen über eine Finanzierungsregelung selbstverständlich beteiligt wird. Mit einer Finanzierung zunächst bis zum Jahre 2005 muß gewährleistet sein:

- der Bergbau erhält Rechtssicherheit für die Erteilung der Finanzmittel, mindestens in der Qualität von Zuwendungsbescheiden,
- der Bergbau bleibt langfristig entwicklungsfähig, indem der Zugang zur gesamten Lagerstätte erhalten wird,
- weitere Anpassungsmaßnahmen werden wie bisher sozialverträglich gestaltet,
- der Bergbau erhält auch nach 2005 ausreichend Finanzmittel, um seinen Versorgungsauftrag erfüllen zu können.

Initiativantrag-Nr.: 22/

Erneuerung von Organisation und Arbeitsweise der NRW-SPD

Die SPD in NRW hat seit Jahrzehnten die politische Führung im Lande; daß sie den Ministerpräsidenten und in vielen Städten und Gemeinden Oberbürgermeister/innen und Bürgermeister/innen stellt, ist Ausdruck dieses Vertrauens, das sie in vielen Wahlen gewonnen hat, zuletzt bei den Kommunal- und Landtagswahlen 1994/95.

Die Arbeit in Regierung und Parlament, in Kommunalpolitik und Verwaltung bleibt auch weiterhin maßgeblich für den politischen Erfolg, der sich auch in Wahlergebnissen niederschlägt. GleichermäÙen wichtig ist aber die Rolle, die die SPD als Partei auf Landesebene, in den Regionen und vor Ort spielt. Dabei geht es auch um ihren Beitrag zur Entwicklung der Gesamtpartei.

Für die SPD stellen sich in NRW neue Herausforderungen; die Strukturkommission des Landesvorstandes hat wichtige Veränderungen festgestellt und dringenden Handlungsbedarf zutreffend beschrieben. Unter Berücksichtigung der bisher vorliegenden Überlegungen läÙt sich feststellen:

1. Die Stärken der SPD als Mitgliederpartei mit rund 240.000 Mitgliedern in NRW müssen mobilisiert werden. Die SPD muß in der Bürgerschaft verankert bleiben und sich auf die Anforderungen einer modernen Mediengesellschaft einstellen.
2. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit bei der Landtagswahl 1995 bedarf die daraus erwachsene Rolle als Koalitionspartner in der Landesregierung der intensiven Begleitung in der Parteiarbeit auf allen Ebenen.
3. Das Ziel der SPD, bei der Bundestagswahl 1998 endlich die konservative Bundesregierung abzulösen, kann nur gelingen, wenn die SPD in NRW erfolgreich bleibt und zur Modernisierung der Gesamtpartei beiträgt.

4. Die Kommunalpolitik bleibt eine tragende Säule sozialdemokratischen Handelns. Die politischen Herausforderungen dieser Jahre belasten aber auch die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten sehr. Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik müssen gerade in dieser Phase aufeinander Rücksicht nehmen und sich abstimmen. Das Zusammenwirken muß organisiert werden.
5. Die finanzielle Konsolidierung des Landesverbandes ist ein dringendes Erfordernis. Es darf aber dadurch die Stabilität in den Bezirken nicht gefährdet werden. Die Unterbezirke und Ortsvereine bleiben von originären Beitragspflichten zum Sanierungsprogramm freigestellt. Politik braucht eine gesicherte finanzielle Basis auf allen Ebenen.

Die Ortsvereine, Unterbezirke und Bezirke sind aufgefordert, zur konzeptionellen und organisatorischen Erneuerung der Partei Vorschläge und Umsetzungsschritte zu unterbreiten.

Diese Ziele setzen klare und politisch-inhaltlich anspruchsvolle Programme voraus.

Sie erfordern aber auch zeitgemäße Formen der politischen Organisation. Politik, die sich nicht optimal organisiert, kann vielleicht Wünsche an die Zukunft formulieren, niemals aber eine erfolgreiche Strategie entwickeln und umsetzen. Zur Zeit ist unsere Organisation nicht optimal.

Die Modernisierung der Parteiarbeit der SPD in NRW muß vorangebracht werden. Es gilt, Bewährtes weiterzuentwickeln, erkennbare Schwächen abzustellen und neue Ideen einzubringen.

Wir wollen

1. die politischen Aufgaben dieser Zeit lösen helfen,
2. eine offene Partei sein, integraler und integrierender Teil dieser Gesellschaft,
3. Parteimitglieder aktivieren und neue Mitglieder gewinnen,
4. als SPD in NRW einvernehmlich und geschlossen agieren,
5. daß unsere Parteigliederungen im hauptamtlichen und im ehrenamtlichen Teil leistungsfähig sind.

zu 1.:

Parteiarbeit ist kein Selbstzweck. Demokratie und solidarische Gesellschaft gelingen nicht von allein, sie müssen gestaltet und immer wieder neu organisiert werden.

Dafür sind demokratische Parteien unverzichtbar. Sie geben engagierten Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit, auf Versammlungen und Parteitagen, in Arbeitsgemeinschaften und Kommissionen, in Ausschüssen und Räten, in Parlamenten und Regierung ihre Talente einzubringen.

Die SPD-NRW nimmt diese Aufgabe an: sie will die Zukunft unseres Landes verantwortlich mitgestalten. Sie lädt die Bürgerinnen und Bürger ein, sich daran zu beteiligen, in der SPD und mit der SPD.

zu 2.:

Die SPD in NRW will eine offene Partei sein, dialogwillig und -fähig. Sie will das Gespräch mit Verbänden, Organisationen, und Initiativen verstärken, will informieren und diskutieren und überzeugen. Die unterschiedlichen Formen der politischen Arbeit sind alle unverzichtbar; die Zielgruppenorientierung durch Arbeitsgemeinschaften bleibt besonders vor Ort unverzichtbar. Entscheidend ist, bürgernah und dialogfähig zu sein.

Die SPD in NRW nimmt den Gedanken der Foren-Arbeit auf und organisiert auf Ebene des Landes, der Bezirke und der Kommunen den gesellschaftlichen Dialog, mit dem sie ihrer Projektarbeit eine breite Basis gibt.

Um als Landesverband möglichst große politische Wirkung zu erzielen, wird die Arbeit auf wenige Projekte konzentriert. In diesen Projekten werden zentrale gesellschaftliche Probleme aufgegriffen und „ressortübergreifend“ bearbeitet. Dazu sollen die Möglichkeiten und Aktivitäten der Partei gebündelt werden, um klar bestimmte Aufgaben zu bearbeiten und die Ergebnisse öffentlichkeitswirksam

umzusetzen. Die Projekte dienen der Schärfung des politischen Profils der SPD ebenso wie der Stärkung ihrer gesellschaftlichen Verankerung und Kommunikationsfähigkeit. Sie sind ein Vorschlag und Angebot an alle Gliederungen der Partei in NRW, sich mit eigenen Aktivitäten daran zu beteiligen.

Projektorientierte Arbeit bedeutet, daß zunächst politisch die Probleme, auf die sich die Aktivitäten beziehen sollen, und die Ziele, die die SPD zur Bewältigung dieser Probleme anstrebt, konkret und nachvollziehbar in ihrer Bedeutung für die Menschen in NRW zu bestimmen sind. Daraus sind konkrete Ansätze und Schritte zu entwickeln und zu begründen, wie die Probleme unter den gegebenen Bedingungen nach Auffassung der SPD bewältigt werden können.

zu 3.:

Eine aktive Mitgliedschaft war immer eine Stärke der SPD und mitentscheidend für ihren Erfolg. Die SPD soll Mitgliederpartei bleiben. Ein Schrumpfen zur Mandatsträger- und Funktionärs-Partei würde sie dem Alltag der Gesellschaft entfremden und ihr einen spezifischen Grundimpuls nehmen: den der Mitbestimmung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger bei der Formulierung und Organisation von Politik.

Die Aktivierung der Mitglieder, ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten, und das Gewinnen neuer Mitglieder müssen neuen Schub bekommen.

zu 4.:

Die SPD in NRW muß ihre politischen Ziele und ihre organisatorische Erneuerung intensiver als bisher zwischen den verschiedenen Ebenen abstimmen. Die Tendenz, auf den Ebenen Land, Bezirk, Unterbezirk und Ortsverein oftmals ziemlich isoliert nebeneinander zu arbeiten, sorgt für Vielfalt, aber nicht für Durchschlagskraft und Profil. Daß Parteiarbeit und Parlamentsarbeit ohnehin immer einen Trend haben, sich voneinander abzukoppeln, erschwert die Situation zusätzlich.

Demokratische Willensbildung in der Partei zu sichern, ist in erster Linie Aufgabe von Parteitag. Der Landesverband wird in Zukunft mindestens einmal jährlich einen eintägigen Landesparteitag durchführen.

Es wird eine jährliche Klausur eingeführt, in der Landesvorstand und Bezirksvorstände gemeinsam einen Arbeitsplan für das kommende Jahr vereinbaren.

Der Landesvorstand wird aufgefordert, die satzungsmäßigen Voraussetzungen unter anderem für den Ersatz des Landesausschusses vorzubereiten.

zu 5.:

Angesichts knapper finanzieller Ressourcen, aber auch aus Gründen der Arbeitseffizienz kann die Leistungsfähigkeit der Parteigliederungen nur optimiert werden, wenn

- die Zuständigkeiten klar definiert sind,
- es eine ausgewogene Arbeit von zentralen und basisnäheren Büros gibt,
- das hauptamtliche und das ehrenamtliche Management gut kooperieren,
- Doppelarbeit vermieden wird,
- jede Parteiarbeit auf Aktivierung der Mitglieder und auf Kontakte in die Gesellschaft gerichtet ist,
- die innerparteiliche Diskussion und demokratische Willensbildung nicht konsequenzlos bleibt, sondern orientierende Bedeutung für die Parteivorstände und Fraktionen hat,
- politische Bildung und Organisations-Schulung zielgerichtet angeboten und von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen wahrgenommen werden.

Arbeitsgemeinschaften und Kommissionen behalten für die Parteiarbeit ihre Bedeutung. Sie müssen aber so arbeiten, daß Doppelorganisation vermieden wird.

Es wird kurzfristig ein Bericht für das Jahr 1995 vorgelegt, in dem Aktivitäten von Arbeitsgemeinschaften, Kommissionen und Projektgruppen auf allen Ebenen der Partei im Lande dargestellt werden.

Auf der Grundlage dieses Berichts entscheiden Landesverband und Bezirke gemeinsam über die zukünftige Gestaltung dieser Arbeit (Organisationsentwicklung).

Dabei wird sichergestellt, daß der Zugang der Arbeitsgemeinschaften zur Landespolitik erhalten bleibt. Dazu gehört:

- die Vertretung der Arbeitsgemeinschaften mit beratender Stimme im Landesvorstand,
- das Antragsrecht der Arbeitsgemeinschaften zum Landesparteitag.

Auf Landesebene wird im weiteren die Arbeit in Form von Projekten auf die wichtigsten Schwerpunkte ausgerichtet. Dafür wird auf die Einrichtung von Kommissionen und Arbeitskreisen verzichtet.

Landespolitische Aktivitäten der Bezirke, ihrer Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften sollen durch den Landesverband unterstützt werden, z.B. im Rahmen der Projektarbeit.

Die künftige Finanzierung der Arbeitsgemeinschaften einschließlich ihrer landespolitischen Zusammenarbeit soll von den Bezirken gewährleistet werden. Die Bezirksvorstände und der Landesvorstand werden dazu unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaften ein Organisationskonzept vereinbaren.

Die mittelfristige Finanzplanung ist jährlich nach den Grundsätzen des Berichts der Strukturkommission vom 13. Dezember 1995 exakt fortzuschreiben, das heißt, insbesondere

- die Altschulden sind in einer darstellbaren Zeit völlig abzubauen,
-
- das Budget für den nächsten Landtagswahlkampf ist mindestens zur Hälfte aus angesparten Mitteln zu finanzieren, das des darauffolgenden Wahlkampfes vollständig.

Jeder Beschluß des Landesvorstandes mit finanziellen Auswirkungen muß sich im Rahmen des jeweils geltenden Etats bewegen, streng nach dem Grundsatz: Was kostet die Maßnahme und wie ist sie zu finanzieren. Sollte die Jahresrechnung trotzdem von den Planzahlen abweichen, wird vom Landesparteitag die Entlastung verweigert, wenn die grundsätzlichen Finanzrahmenbedingungen nicht eingehalten worden sind.

Antrag-Nr.: 34/

Situation der Städte bei der Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte

1. Der Landesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, das grundsätzliche Recht der Kommunen, bei der Nutzung öffentlichen Grund und Bodens angemessene Nutzungsentgelte zu erheben, nicht weiter zu bestreiten und den damit verbundenen Eingriff in das kommunale Selbstverwaltungsrecht zu unterlassen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, den § 49 des Entwurfs eines Telekommunikationsgesetzes (TKG), in dem bisher eine unentgeltliche Nutzung von Verkehrswegen vorgesehen ist, entsprechend zu ändern, daß die Benutzung öffentlicher Wege zur Verlegung und Nutzung von Telekommunikationsleitungen durch Lizenznehmer nur nach Zahlung eines angemessenen Entgeltes erfolgt.
2. Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf, die Zustimmung zum Telekommunikationsgesetz im Bundesrat nur nach Vorliegen der oben genannten Voraussetzungen zu erteilen oder andernfalls im Bundesrat einen entsprechenden Änderungsantrag zu stellen.

3. Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion auf, darauf hinzuwirken, daß das Recht der Kommunen und der kommunalen Unternehmen zum allgemeinen Wohl am Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt teilzunehmen und kommunale Telekommunikations- und Multimediadienstleistungen anzubieten, nicht durch einengende Auslegungen des § 107 der Gemeindeordnung (GO) NRW beschnitten wird. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, den § 107 der Gemeindeordnung bei Bedarf entsprechend zu präzisieren bzw. zu reformieren.
4. Der Landesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, eine einseitige Bevorzugung von Großunternehmen bei der Lizenzvergabe auf dem Telekommunikationsmarkt zu verhindern und kleinen und mittleren, lokal und regional tätigen Unternehmen die gleichen Markteintrittschancen zu gewähren.
5. Unabhängig davon, fordert der Landesparteitag eine grundlegende Novellierung des Gemeindefirtschaftsrechts in Nordrhein-Westfalen mit dem Ziel, die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen deutlich auszuweiten.

**Antrag-Nr. 42/
Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre**

Die NRW-SPD ist offen für eine Absenkung des aktiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre.

Vor einer endgültigen Entscheidung ist aber eine weitere Beteiligung von kommunalen Vertreterinnen und Vertretern, Fachleuten und Verbänden (einschließlich Jugendverbänden) notwendig.

Deshalb wird der Landesvorstand der NRW-SPD aufgefordert, diesen Diskussionsprozeß zu organisieren und das Ergebnis dem nächsten Landesparteitag zur Entscheidung vorzulegen.

**Initiativantrag-Nr.: 1/
Chancen des „Bündnis für Arbeit“ nutzen!**

In Deutschland fehlen heute rd. 6 Mio. zukunftsfähige Arbeitsplätze. Das ist für uns Sozialdemokraten die größte Herausforderung unserer Zeit.

4,2 Mio. registrierte Arbeitslose sind ein trauriger Offenbarungseid wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Inkompetenz der Regierung Kohl. Allzulang hat die Bundesregierung darauf vertraut, daß „Wirtschaft in der Wirtschaft“ gemacht wird und tatenlos zugesehen, wie in der Industrie Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Arbeitslosigkeit geschickt wurden. Nach dem konjunkturellen Fehlstart zu Jahresbeginn werden nochmals Tausende und Abertausende von Arbeitsplätzen verloren gehen, wenn nicht in einer großen wirtschaftspolitischen Kraftanstrengung das Ruder herumgerissen wird. Hierzu ist das Bonner „Kabinett der Arbeitslosigkeit“ nicht mehr in der Lage.

Für uns Sozialdemokraten ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen die herausragende politische Aufgabe. Wir danken deshalb den Gewerkschaften für ihre wegweisende Initiative für ein „Bündnis für Arbeit“. Wir unterstützen nachdrücklich das Ziel, bis zum Jahr 2000 die Arbeitslosigkeit zu halbieren und 2 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ziel läßt sich mit der von den Bonner Koalitionsparteien verantworteten Politik des Bundes nicht erreichen. Die Bundesregierung verkündet Programme zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes, ohne im Bundeshaushalt entsprechende Schwerpunkte z.B. in der Forschungspolitik zu setzen. Ihre Programme werden nur dann konkret, wenn es um den Sozialabbau und um zusätzliche Hilfen für die Unternehmer geht. Die Bonner Koalitionsparteien und die Bundesregierung unterlassen es, die oberen Einkommensbezieher und die Unternehmer, die hohe Gewinne machen und nur zurückhaltend investieren, in die

geforderte Solidarität einzubinden. Die Halbierung der Arbeitslosigkeit verlangt die Mitarbeit aller Akteure in Wirtschaft, Gewerkschaften, Bundesbank und Staat.

Gegen den Sozialabbau der Konservativen setzen wir den unauf löslichen Dreiklang von sozialer Sicherheit, ökonomischer und ökologischer Modernisierung. Wir Sozialdemokraten wissen, daß Solidarität mit den Arbeitslosen und zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik für sichere Arbeitsplätze zwei Seiten einer Medaille sind. Sie sind gleichermaßen unverzichtbare Bestandteile unserer Strategie für Arbeitsplätze, Innovation und Wachstum.

Die SPD unterstützt dazu die Positionen der SPD-Bundestagsfraktion:

- Anstrengungen in der Forschungs- und Technologiepolitik nachhaltig zu steigern;
- die Möglichkeiten und Voraussetzungen für eine stärkere Mobilisierung von Risikokapital zu verbessern;
- die Steuer- und Abgabenlast im Bereich der unteren und mittleren Einkommen zu senken und Steuergerechtigkeit wiederherzustellen;
- den Anstieg der Lohnnebenkosten zu bremsen und umzukehren, um den Faktor Arbeit auch im Inland wieder konkurrenzfähiger zu machen. Die Sozialversicherungsträger müssen schrittweise von der Finanzierung allgemeiner staatspolitischer Leistungen zu Gunsten einer stärkeren Steuerfinanzierung entlastet werden. Auch deshalb fordern wir eine ökologische Steuerreform.
- festzuhalten an einer solidarischen Gesellschaft, in der Menschen ohne existentielle Not und möglichst selbstbestimmt miteinander leben. Hierfür ist ein funktionierender Sozialstaat unverzichtbar. Dabei ist die Wirksamkeit des Sozialleistungssystems insgesamt zu überprüfen und zu verbessern.
- das Arbeitsförderungsgesetz zu reformieren und hierbei insbesondere die aktive Arbeitsmarktpolitik auf eine stärker steuerfinanzierte Grundlage zu stellen;
- bessere Anreize für den Übergang von Sozial- und Arbeitseinkommen zu schaffen, um auch reguläre Arbeitsplätze mit einfachen Tätigkeitsinhalten wieder attraktiver zu machen (z.B. durch eine flexiblere Anrechenbarkeit von Nebeneinkünften auf Lohnersatzleistungen);
- die Voraussetzungen für eine Teilzeitorientierung im öffentlichen und im privaten Sektor zu schaffen, die diesen Namen auch wirklich verdient.

Wir rufen die Tarifparteien auf,

- in regionalen „Bündnissen für Arbeit“ konkrete Lösungen zu erarbeiten, um Mehrarbeit effektiv in neue Arbeitsplätze umzuwandeln und hierbei auch verstärkt befristete Arbeitsverträge zu nutzen;
- alle Möglichkeiten zu nutzen, um allen jungen Menschen zu einem Ausbildungsplatz zu verhelfen;
- mit differenzierteren und flexibleren Flächentarifverträgen zusätzliche Handlungsspielräume für die Betriebe zu eröffnen.

Wir begrüßen und unterstützen die Vorschläge des DGB-Landesbezirks für einen „Beschäftigungspakt NRW“. Auch wir in Nordrhein-Westfalen leisten unseren Beitrag zum „Bündnis für Arbeit“:

- Wir haben eine strukturelle Erneuerungsbewegung angestoßen, in deren Zentrum die Gründungs-offensive für kleine und mittlere Unternehmen steht.

- Mit der Initiative „Jugend - Beruf - Zukunft“ werden wir im Rahmen unserer Möglichkeiten den Mangel an Ausbildungsplätzen und die Jugendarbeitslosigkeit auch mit einem solidarischen Finanzierungssystem bekämpfen.
- Wir setzen auf ein nachhaltiges Wirtschaften, das die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen und den langfristigen Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringt. Wir geben damit zugleich wichtige Anstöße zu einem dauerhaften Abbau der Arbeitslosigkeit. Diesem Ziel dient in besonderer Weise das Programm „Arbeit und Umwelt“, das in den Bereichen Energie, Wohnungsbau und Verkehr die Schwerpunkte setzt.
- Wir stellen uns den großen Herausforderungen des Strukturwandels konstruktiv durch die Nutzung der Chancen und Potentiale neuer Technologien. Unser Leitbild ist es, intelligente, zukunftsfähige Technologien für das 21. Jahrhundert im engen Dialog zwischen Unternehmen, Gewerkschaften, Wissenschaft und Staat zu entwickeln. Wir werden hierfür unsere erfolgreiche Technologieförderung nachdrücklich verstärken und hierbei insbesondere auf die Modernisierungsimpulse für klassische Branchen achten.
- Wir wollen die öffentliche Infrastruktur in unserem Land schneller modernisieren und auf die kommunikativen Anforderungen des 21. Jahrhunderts ausrichten:
- Wir wollen Initiativen und Modellversuche starten, um die Arbeitsplatzpotentiale des Dienstleistungssektors effektiver zu erschließen und zu professionalisieren.
- Wir bauen unsere Arbeitsmarktprogramme zur Förderung von Beschäftigung und Qualifikation weiter aus. Mit dem Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ sichern wir, daß Frauen an diesen Programmen gleichberechtigt teilhaben. Mit der Modellförderung „Soziale Betriebe“ wollen wir die Integration von Menschen, die dazu einer besonderen Förderung bedürfen, in stabile Beschäftigungsverhältnisse sichern. Mit der START- Zeitarbeit haben wir ein erfolgreiches Instrument zur Integration Langzeitarbeitslosigkeit in den „ersten Arbeitsmarkt“ geschaffen. Zweit- und drittklassige Arbeitsmärkte wird es mit uns in Nordrhein-Westfalen nicht geben.
- Wir wollen neue Akzente in der Arbeitszeitpolitik setzen und ihre Beschäftigungswirksamkeit steigern. Dazu wollen wir auch innovative Arbeitszeitmodelle entwickeln und anregen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern.
- Mit unserer Landesinitiative „Chancengleichheit im Beruf“ mit den Unternehmensverbänden und Gewerkschaften wollen wir die beruflichen Chancen von Frauen voranbringen und die Wiedereinstiegsmöglichkeiten gewähren.

Wir setzen auf Kooperation und vertrauensvollen Dialog mit allen relevanten Gruppen des wirtschaftlichen Lebens in den Regionen unseres Landes. Mit der regionalisierten Strukturpolitik haben wir ein großes Vertrauenskapital erarbeitet, das wir zielstrebig nutzen werden, um das „Bündnis für Arbeit“ auch in den Regionen wirksam zu unterstützen.

Initiativantrag-Nr.: 3/

Keine Übertragung kostenträchtiger Aufgaben auf die Kommunen

Zusätzliche Aufgaben dürfen den Kommunen vom Bund und vom Land ausnahmslos nur dann übertragen werden, wenn ein vollständiger Ausgleich aller damit verbundenen Personal-, Sach- und Investitionskosten sichergestellt ist.

Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, die Übertragung kostenträchtiger Aufgaben vom Bund unmittelbar auf die kommunale Ebene im Bundesrat zu verhindern.

Initiativantrag-Nr.: 4/

Kommunale Finanzausstattung/Gemeindefinanzausgleich

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung und die Landtagsfraktion auf, bei der Aufstellung und Beschlußfassung des Landeshaushalts 1997 eine Befrachtung mit zusätzlichen Zweckzuweisungen auszuschließen.

Initiativantrag- Nr: 5/

Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina

1. Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, das Rückkehrverfahren der bosnischen Kriegsflüchtlinge gemäß den Prinzipien des „Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)“ zu gestalten
2. Der Landesparteitag fordert die Landesregierung auf, dafür zu sorgen, daß bei der Finanzierung der bosnischen Flüchtlinge die Kommunen entlastet werden. Die Landesregierung soll dafür sorgen, daß der § 32a des Ausländergesetzes auf die Bürgerkriegsflüchtlinge angewandt wird. Jeweils dann soll der Bund mindestens die Hälfte der anfallenden Kosten für die Flüchtlinge übernehmen, wie im Asylkompromiß vom 06.12.1992 vorgesehen.